

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren.

Spannend sind die aktuellen Tage nicht nur für unsere Region, insbesondere für die aus der Sicht der SPD Waltrop gut gelaufenen Wahlen. Die SPD wird mit 25,7 Prozent stärkste Kraft im Deutschen Bundestag. Die Koalitionsgespräche sind schon fast gelaufen. Die Parteien suchen neue Köpfe an der Front. Armin Laschet, Norbert Walter-Borjans gehen und wenn Vorsitzende der Grünen und der FDP Ministerämter bekleiden, wird auch dort das Rennen beginnen.

Im Mai wird in NRW neu gewählt. Auch hier bringen sich Köpfe in Position. Man darf jetzt schon gespannt sein, was im nächsten Jahr auf den großen Bühnen passiert.

Aktuell hat uns das Corona Virus wieder fest im Griff. Die Zahlen steigen ständig. In den Corona-Schutzverordnungen der Länder werden die Grundregeln, die in öffentlichen Gebäuden, dem Nah- und Fernverkehr sowie Geschäften, Restaurants und Bars einzuhalten sind, aufgestellt - 2G, 2G+ oder 3G. Fast jeden Tag werden die Regeln angepasst. Größere Veranstaltungen werden teilweise schon wieder abgesagt. Wer hätte letztes Jahr gedacht, dass es uns jetzt wieder so erwischt. Nach Ansicht führender Virologen werden auch diese Maßnahmen nicht ausreichen, die vierte Welle zu brechen. Der Grund dafür liegt im nachlassenden Schutz der Impfung vor Ansteckung, der inzwischen bei vielen von 90 auf 50 bis 70 Prozent gefallen ist.

Angesichts der Corona-Pandemie stehen die Kommunal финанzen wieder einmal auf der politischen Agenda. Die finanziellen Zusatzbelastungen aufgrund der Krise, verbunden mit teils dramatisch einbrechenden Einnahmen und hohen Schuldenbergen, stellen uns vor große Schwierigkeiten. Die coronabedingten Belastungen betragen bis 2025 rd. 25 Mio. Euro. Diese können Stand heute über 50 Jahre abgeschrieben werden, was eine jährliche Belastung von 500.000 € bis zum Jahr 2074 bedeuten würde.

Um die Lasten nicht auf den Schultern unserer Kinder auszutragen, ist auch Berlin gefragt, neue Ideen der Finanzierung zu entwickeln. Ganz klar ist aber auch, die Finanzierung einer solchen Krise kann nicht gelingen, wenn man denjenigen, die sehr hohe Einkommen haben oder die sehr große Gewinne machen, auch noch Steuererleichterungen ermöglicht. Das wäre in der Tat nicht finanzierbar. Die viel diskutierte Einführung der Vermögenssteuer wäre zum Beispiel ein Instrument.

Die Haushalte 2022 ff. sind nur durch die bilanzielle Isolierung der coronabedingten Finanzschäden ausgeglichen. Ob die von uns vorgenommene Isolierung auch insgesamt von den Aufsichtsbehörden anerkannt wird, bleibt abzuwarten.

Der Grad der Liquiditätskredit-Verschuldung hat in vielen Kommunen ein bedrohliches Ausmaß angenommen, wobei strukturelle Ursachen oft der Grund sind. Rund 2.000

Kommunen im Bundesgebiet haben so hohe Belastungen an Kassenkrediten, dass sie angesichts der Zinszahlungen praktisch keinen finanziellen Spielraum mehr besitzen. Für Schulen, Straßen oder Schwimmbäder fehlen dann oft die Mittel. Die Corona-Krise verschärft diese Situation noch einmal.

Der Vorschlag des Bundesfinanzministers sieht vor, hier einen einmaligen Schuldenschnitt vorzunehmen. Im ersten Schritt sollen die Länder die Schulden der Kommunen übernehmen, in denen die übermäßigen Kredite mehr als 100 Euro pro Einwohner betragen. Davon soll der Bund die Hälfte schultern. Wir hoffen, dass es hier schnell eine Lösung geben wird.

Es ist kein Betteln - mitten in der Gestaltung des Strukturwandels brauchen wir mehr Handlungsspielraum. Dieser darf uns nicht durch die Altschuldenproblematik genommen werden.

Ich bitte alle Parteien daran mitzuwirken, dass dringend Regelungen geschaffen werden müssen, um die Kommunen zu entlasten. Wir sehen uns nicht als Gegner des Bundes, des Landes oder des Kreises. Ganz im Gegenteil, wir müssen partnerschaftlich mit allen zusammenarbeiten, um unsere finanzielle Situation zu verbessern. Darum wünschen wir uns, dass sich alle in diesem Punkt einig sind und sich bei diesem Thema unterhaken.

Die Gemeinden in Deutschland haben gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 18,2 Prozent gemacht, teilt das Statistische Bundesamt mit. Den höchsten Rückgang bei den Flächenländern verzeichnete Nordrhein-Westfalen mit 19,8 Prozent.

Im Gewerbesteuervergleich in Relation zu den Einwohnern hinkt Waltrop andern Kommunen immer noch hinterher. Das Gewerbegebiet Leveringhäuser Feld ist voll und die Gewerbeansiedlung war erfolgreich. Die Umsiedlung von Langendorf zum Dicken Dören ist auf dem Weg, auch wenn es da noch eine ganze Menge zu tun gibt und die geplanten Investitionen von 5,6 Mio Euro für Waltrop keine Kleinigkeit sind. Die Arbeitsplätze von Langendorf zu erhalten ist für die SPD Fraktion auf jeden Fall eine Sache, für die es sich auf jeden Fall zu kämpfen lohnt; auch wenn eine andere Partei schon aufgegeben hat.

Aber wie schwierig die Entwicklung von Gewerbegebieten für unsere Stadt ist, zeigen die Beispiele. Zwei weitere relativ große Gebiete machen uns Probleme. Dies ist zum einen der Nierhof Hafen, dessen derzeitiger Eigentümer Grundstücksspekulation betreibt und zum anderen der Stummhafen an der Grenze zu Lünen.

Hier hätten wir ein Unternehmen, das sich dort gerne ansiedeln möchte, aber auch hier veräußert der Eigentümer diese Fläche nicht.

Da sich diese Flächen auf Waltroper Gebiet befinden, geht die Regionalplanungsbehörde davon aus, dass es in Waltrop ausreichend Industrie/ Gewerbeflächen gibt. Dies blockiert unsere Entwicklung erheblich. Die Ausweisung weiterer Gebiete ist somit im RVR nicht vorgesehen. An der Schraube zu drehen ist für uns sehr schwierig.

In Datteln soll der NewPark als neues Industrie/Gewerbegebiet entwickelt werden. Dies ist ein umstrittenes Projekt von landesweiter Bedeutung. Für Datteln ist bereits der nächste Meilenstein in Sicht. Der Entwurf des Bebauungsplans ist fertig und soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Danach werden Bürger und sogenannte Träger öffentlicher

Belange mehrere Wochen Zeit haben, ihre Einwände und Anregungen vorzubringen. Ziel soll es womöglich sein, den Bebauungsplan soll noch vor der Landtagswahl im nächsten Frühjahr zu verabschieden.

Für uns heißt das, dass wir uns intensiv mit dem Projekt auseinander setzen müssen. Insbesondere müssen wir prüfen, wie die verkehrliche Anbindung des New Parks erfolgen soll. Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass der gesamte Verkehr über die Münster- bzw. die Leveringhäuser Straße fließt. Gerade die Leveringhäuser Straße ist eine der Straßen mit dem größten Verkehrsaufkommen und mit der höchsten Lärmbelastung, das können wir nicht hinnehmen. Und jetzt soll die geplante B474n auch nicht mehr die gewünschte Entlastung für diese Straße bringen.

Aber auch die Gewerbetreibenden in unserer Innenstadt sind betroffen. Unsere Innenstadt muss wieder attraktiver werden. Einkaufen in der Stadt ist out, Onlineshopping ist in. Nicht nur in Waltrop sondern in vielen Innenstädten stehen Geschäfte leer. Die Corona-Pandemie beschleunigt diese Entwicklung. Der monatelange Corona-Lockdown hat die Situation verschärft. Noch mehr Menschen als vorher greifen daher auf den Onlinehandel zurück.

Um diese Entwicklung in eine andere Richtung zu lenken, sollen die Innenstädte aus Sicht einiger Experten künftig vielfältiger genutzt werden. Dabei reicht es nicht aus, einige Bänke oder Blumenkübel neu aufzustellen. Auch die Eisenbahn für Kinder ist nur ein winziger Schritt. Aber Waltrop ist auch noch eine der wenigen Städte, wo es in den Geschäften teilweise noch eine Mittagsruhe gibt. Nicht Ruhe sondern Leben soll in die Stadt.

Das ist nicht nur ein Problem des Einzelhandels, sondern betrifft alle Bürger:innen. Attraktive Innenstädte sind weit mehr als ein Ort zum Einkaufen. Sie sind Zentren des sozialen Miteinanders, an denen sich Menschen im Alltag begegnen und miteinander austauschen. Ein attraktiver Einzelhandel ist das Herz dieses regen Lebens in den Innenstädten. Wenn er nun zusehends verschwindet, hört dieses Herz langsam auf zu schlagen. Das gilt es zu verhindern.

Es gibt für Einzelhändler:innen unzählige Möglichkeiten, das Einkaufen zum Erlebnis zu machen. Eine abendliche Whiskeyverkostung im Bekleidungsladen, ein Galadinner im Schuhgeschäft etc. Anfänge sind vorhanden und wir hoffen, dass der Stadtmarketing Verein zusammen mit der Wirtschaftsförderung noch viel einbringt.

Einzelhändler:innen sollten die Digitalisierung als Chance begreifen, auch abseits des klassischen Onlinehandels. Digitalisierung kann den Händlerinnen und Händlern Arbeiten im Backoffice abnehmen, aber auch Antworten geben auf zahlreiche Fragen: Z.B. wie "ticken" meine Kund:innen heute und morgen? Über welche Kanäle erreiche ich sie? Im Wahlprogramm der SPD stand bereits der Waltrop Bote als eine Idee den Einzelhandel zu fördern.

Auch wenn der Einzelhandel gute Ideen einbringt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Mehr Sonntagsöffnungen, niedrigere Mieten, mehr Gastronomie, mehr Aufenthaltsqualität und eine gute Erreichbarkeit zu Fuß, per Fahrrad, ÖPNV oder auch mit dem Auto.

Ist die Einkaufsstadt tot und wir brauchen eine Erlebnisstadt? Was macht eine Innenstadt für ihre Passanten attraktiv und woran sollten Städte arbeiten, um ein beliebtes Besuchsziel zu

sein und auch künftig zu bleiben? Wie also sollen wir unsere Innenstadt gestalten? Brauchen wir Brunnen, Parkbänke, Bauernmärkte und Fitnessplätze in der Stadt? Dies soll in mehreren Workshops im kommenden Jahr in den Focus genommen werden. Dabei gehen wir davon aus, dass dann auch unser gefordertes WC am Herne Bay Platz realisiert wird.

Ohne Förderung geht es nicht, mit ihr aber auch nicht. Vor allem wenn eine hohe Eigenbeteiligung erforderlich ist. Auch ein weiterer Stein liegt zur Erlangung der Töpfe im Weg. Zwar gibt es auf fast allen Ebenen etliche Fördertöpfe für dringend erforderliche Modernisierungsaufgaben. Anträge und Ausschreibungsverfahren sind jedoch inzwischen so kompliziert, dass die Personalkapazitäten nicht ausreichen, um sich überhaupt zu bewerben. Der Regulierungswahn in Deutschland beeinträchtigt das Steuerungsvermögen, vergeudet viel Zeit und führt nicht einmal zu größerer Einzelfallgerechtigkeit. Dies bescheinigte der Wirtschaftsprofessor Martin Junkernheinrich kürzlich der Landesregierung.

Meine sehr geehrte Damen und Herren: im Haushalt stehen den Gesamterträgen von 79,7 Mio Euro Aufwendungen von 81,4 Mio Euro gegenüber. Die aktuelle Pro Kopf-Verschuldung beträgt 4.499,86 Euro. Die durchschnittliche Verschuldung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen Stand 2020 beträgt jedoch nur 2.640,00 Euro.

Allein die Sozialaufwendungen betragen ca. 16 Mio Euro. Eine immense Last für eine so kleine Stadt wie Waltrop. Und es fehlt immer noch an Unterstützung. So wurde bereits im Ausschuss Jugend und Soziales darauf hingewiesen, dass in Waltrop eine zusätzliche Stelle im Bereich der Jugendarbeit fehlt. Eine in NRW eingesetzte Transparenz-Kommission hat genau dieses festgestellt. Im Bereich der Jugendämter, die den Schutz von Kindern vor Gewalt oder die Betreuung unbegleiteter Flüchtlingskinder betreuen, fehlen Stellen. In kleinen kreisangehörigen Gemeinden sei das bisweilen problematisch. Als Lösungsmöglichkeit wird von der Kommission vorgeschlagen, dass eine relativ hohe Einwohnerzahlgrenze definiert werden könne, jenseits derer der Kreis für solche Aufgaben zuständig sein sollte.

Auch hier hoffen wir, dass von der Landesregierung bald eine Regelung eingeführt wird, die uns als kleine Kommune die notwendige Unterstützung bringt und uns dabei auch entlastet.

Derzeit will sich die Verwaltung durch Entlastung der Mitarbeiter von administrativen Arbeiten helfen.

Knapp die Hälfte der Menschen im Kreis Recklinghausen hat Sorge, dass sie sich eine Wohnung oder ein Haus hier künftig nicht mehr leisten könne, zeigte eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Civey. Diese Zahl ist beängstigend und wir müssen dringend handeln. Zudem geht eine Modellrechnung der NRW Bank davon aus, dass im Kreis Recklinghausen der Bestand von geförderten Wohnungsbau in den nächsten 10 Jahren um mehr als 30 % abnehmen wird. Dies ist ein deutliches Signal dafür, dass wir mehr geförderten Wohnungsbau brauchen.

Im Jahr 2015 hat die SPD Fraktion das Handlungskonzept Wohnen gefordert. 2017 wurde es geliefert und es dokumentiert sehr deutlich, dass in Waltrop Wohnungen fehlen. Bei den seither entstandenen Wohnungen wird ständig auf das Handlungskonzept verwiesen. Doch keiner kann uns sagen, was bislang geschehen ist. Wieviel Wohnungen sind entstanden,

wieviele davon sind Miet- bzw. Eigentumswohnungen? Wieviele Wohnungen haben eine soziale Bindung? Wie groß sind die Wohneinheiten? Diese Auswertungen hatten wir in der Vergangenheit gefordert, jedoch bekamen wir keine Antworten. Daher haben wir beantragt, das Handlungskonzept Wohnen zu aktualisieren und die Gelder in den Haushalt einzustellen.

Der soziale Wohnungsbau war uns schon immer ein Anliegen und wir werden die städtischen Gesellschaften SEG und WVG in die Pflicht nehmen, sich dafür noch stärker zu engagieren. Kluge Ideen sind gefragt, um durch die städtischen Gesellschaften mehr sozialen Wohnraum zu schaffen. Dabei sollte man u.a. bei dem geförderten Mietraum auch über Pachtmodelle nachdenken.

Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum. So forderte die SPD Fraktion bereits schon seit einiger Zeit, im Baugebiet Waldstadion überwiegend soziale Wohnungen im Geschosswohnungsbau zu realisieren. Zusätzlich haben wir erstmals gefordert, dass die dort geplanten Reihen-Einfamilienhäuser ebenfalls im sozialen Wohnungsbau entstehen sollen.

Doch das Bauen wird nicht nur immer teurer, weil zu wenig Bauland da ist und die Grundstückspreise immer weiter steigen. Es dauert auch immer länger und ist eine ziemlich komplizierte Angelegenheit geworden.

Wie lang sich das mittlerweile hinziehen kann, zeigt eine Umfrage des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen: Demnach vergehen im Durchschnitt 35 Monate vom Planen bis zum Fertigstellen eines Mehrfamilienhauses. 2015 waren es noch 29 Monate.

Bis Bauland überhaupt erst mal entsteht geht viel Zeit ins Land. Bereits 2015 lautete eine Überschrift in der Waltroper Zeitung „Bauland statt Fußball“. Jedoch erst 7 Jahre später sollen dann endlich im Baugebiet Waldstadion die ersten Bagger anrollen. Und bis dort dann das erste Haus steht, wird es wohl auch noch eine ganze Weile dauern.

Das Bauen ist ein Geduldspiel - nicht nur, dass Handwerker fehlen und Baufirmen Aufträge liegen lassen, oder gar nicht mehr annehmen können, weil sie zu viel Arbeit haben. Es hat auch mit der typisch deutschen Neigung zu tun, alles, aber auch wirklich alles regulieren zu wollen. Etwa 3300 Normen schreiben vor, wie zu bauen ist, so viele wie noch nie. Immer wieder kommen neue dazu, ohne dass alte Vorschriften abgeschafft werden. Es ist wie bei Menschen, die es nicht schaffen, ihr Gerümpel aus dem Keller zu räumen, weil es ja noch für etwas gut sein könnte.

Es geht dabei um Abstände und Höhe von Gebäuden, um Treppenbreiten und die Größe und Anzahl von Autostellplätzen. Es geht um Rettungswege, Platz für Feuerleitern, Brand und Rauchschutz und sogar um den Abstand zwischen Boden und Regenrinne.

Und dann sind die Mitarbeiter des Bauamtes gefragt, akribisch die Bauanträge durchzusehen um keine Fehler zu machen, gegen die dann noch juristisch vorgegangen werden kann. Es ist nachvollziehbar, dass sich die Mitarbeiter nach allen Seiten absichern müssen. Das trägt aber nicht dazu bei, das Bauen einfacher zu machen.

Noch komplizierter wird es dann, wenn dann eine Partei im Stadtrat glaubt, in den Abwicklungen zwischen der SEG und der Verwaltung beim Neubaugebiet Großer Kamp

schwere Fehler zu sehen. Dies umso schlimmer, dass diese Partei mit dem Ansinnen allein dasteht, zumal Gutachter, Juristen und Wirtschaftsprüfer die ordnungsgemäße Arbeit attestiert haben. Es ist kontraproduktiv, wenn immer wieder im Thema rumgestochert wird. Mitarbeiter werden so noch zusätzlich demotiviert. Dies zehrt an den Nerven der Betroffenen, zumal diese dann auch noch persönlich angegriffen werden. Was das Ziel dieser Partei ist, entzieht sich allen; eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Zukunft wird immer unwahrscheinlicher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen sie mich abschließend sagen: die SPD wird sich weiter intensiv für einen soliden und gewissenhaften Umgang mit dem Geld der Bürger einsetzen.

Ob Klimaschutz, ÖPNV, H-Bahn, Nahmobilität, Fahrrad-Reparaturstationen, Bergarbeiter Ampelmännchen, WC am Herne Bay Platz, Förderung des Kinder- und Jugend Sport, Wohnungsbau und v.a. Wir haben viele weitere und gute Ideen für Waltrop.

Die SPD stimmt dem Haushalt zu.

Zum Schluss möchte ich mich im Namen der SPD Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus bedanken. Sie arbeiten täglich daran, dass unser Gemeinwesen trotz aller Schwierigkeiten funktioniert. Kritik gibt es häufig. Lob hört man leider selten. Daher nochmals vielen Dank von unserer Seite an alle und ein frohes Fest und einen guten Rutsch.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.